

1 **Antrag 1:** **Wir machen die SPD wieder stark**

2 **Antragsteller:** SPD-Kreisvorstand Rhein-Neckar

3 **Empfänger:** Landesparteitag, Landesvorstand, Landtagsfraktion, Landesgruppe

4 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

5 Wir fordern den Landesvorstand, die Landesgeschäftsstelle, die Landtagsfraktion und  
6 die Landesgruppe auf, künftig stark und solidarisch an einem Strang zu ziehen.

7 Wir fordern, gemeinsam mit der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand  
8 darüber nachzudenken, was Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert bedeutet.

9 Wir regen an, unsere Strukturen insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Eine Partei mit  
10 knapp 13 Prozent und schrumpfenden Mitgliederzahlen muss sich der Realität stellen –  
11 organisatorisch wie programmatisch.

12 Zukunftsorientierte Politik heißt für uns u.a.:

13 **Keine Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung.** Wir erwarten, dass die SPD die  
14 BürgerInnenversicherung wieder deutlicher in den Mittelpunkt ihrer Gesundheitspoli-  
15 tik stellt.

16 Wir werden die **Integration von Flüchtlingen** in unsere Gesellschaft tatkräftig angehen.  
17 Wir wenden uns gegen jegliche Segregation.

18 Wir fordern den **flächendeckenden Glasfaserausbau** für jeden Haushalt.

19 **Gesellschaftlicher Ausgleich mittels Umverteilung.** Deshalb treten wir für die Einfüh-  
20 rung einer Baulandsteuer ein. Wir werden eine funktionierende Vermögensteuer wie-  
21 der etablieren und eine gerechte Erbschaftsteuer mit einer fairen Belastung der wirk-  
22 lich großen Vermögen. Ohne Umverteilung geht es nicht.

23 Wir nehmen die Herausforderungen des **Klimaschutzabkommens** von Paris an. Denn  
24 ohne eine intakte Umwelt kann niemand gut leben. Aber: Die **Energiewende** muss so-  
25 zial gerecht sein. Strom darf kein Luxusgut werden.

26 Wir stehen zur Europäischen Union. Der Austritt Großbritanniens ist für uns eine War-  
27 nung. Die **Stärkung der Europäischen Union** ist für uns ein zentrales Politikfeld.

28 *Dieser Antrag ist abgeleitet aus den Ergebnissen der Zukunftskonferenz der SPD Rhein-Neckar vom*  
29 *30.05.2016 in Hirschberg. Eine Ergebnismitschrift liegt auf dem Mitgliederkreisparteitag aus.*

[https://www.spd-rn.de/index.php?mod=content&page\\_id=24073&s=94927](https://www.spd-rn.de/index.php?mod=content&page_id=24073&s=94927)

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme.**

30  
31 **Antrag 2:** **„Wir haben verstanden“ – für eine sozial gerechtere SPD-Politik**  
32 **(1/ „Agenda 2010“)**

33 **Antragsteller:** SPD-Ortsverein Sandhausen

34 **Empfänger:** SPD-Kreisverband Rhein-Neckar, SPD-Landesparteitag BaWü,  
35 SPD-Bundestagsfraktion

36 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

37 Die Bundesregierung evaluiert die Auswirkungen der Abschaffung der ersatzlosen  
38 Streichung der Arbeitslosenhilfe im Zusammenhang mit der sogenannten „Agenda  
39 2010. Nach der Evaluierung sollte in einem transparenten Prozess entschieden werden,

40 für welchen Personenkreis, die Arbeitslosenhilfe schrittweise wieder eingeführt wird  
41 und unter Berücksichtigung der Länge der Arbeitszeit und der Höhe der Einzahlung.

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in veränderter Form:

Z. 31: Arbeitslosenhilfe (neue Überschrift)

Z. 34: Empfänger NEU: Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

Z. 37: Ersetze „Bundesregierung“ durch „Bundestagsfraktion“

Z. 38: Streiche „sogenannten“

Z. 39: Ersetze „sollte“ durch „soll“

Z. 40-41: Ersetze durch: „ob und falls ja, für welchen Personenkreis eine Arbeitslosenhilfe eingeführt wird.“

42 **Antrag 3:** „Wir haben verstanden“ – für eine sozial gerechtere SPD-Politik  
43 (2/ „Rente mit 67“)

44 **Antragsteller:** SPD-Ortsverein Sandhausen

45 **Empfänger:** SPD-Kreisverband Rhein-Neckar, SPD-Landesparteitag BaWü, SPD-  
46 Bundestagsfraktion

47 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

48 Für die Rente mit 67 sollen die Auswirkungen ebenfalls transparent dargestellt werden.  
49 Wir unterstützen dabei den eingeschlagenen Kurs der Verbesserungen für diejenigen,  
50 die lange in die Rentenversicherung einbezahlt haben. Dies wird es mit der SPD nicht  
51 geben.

52 **Begründung:**

53 Gerechte Politik bedeutet für uns, dass eine Politik verfolgt wird, die insbesondere den  
54 Schwächsten nutzt. Dabei sollen andere gesellschaftliche Gruppen nicht über Gebühr  
55 belastet werden. Das Hauptaugenmerk liegt aber darauf, wer der Hilfe durch die Ge-  
56 meinschaft in besonderem Maße bedarf. Dafür ist es zunächst wichtig zu überprüfen,  
57 wer zu dieser besonders zu unterstützenden Gruppe zählt. Nach allem, was wir be-  
58 obachten, gehören dazu in Deutschland neben Alleinerziehenden auch kinderreiche  
59 Familien ohne überdurchschnittliches Einkommen sowie Menschen, die über längere  
60 Zeit erwerbslos sind bzw. generell kein oder ein geringes Arbeitseinkommen haben (bei  
61 gleichzeitigem Nichtvorhandensein von Einkünften aus Kapital, Vermietung oder sons-  
62 tigem Vermögen).

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in veränderter Form:

Z. 42: Rente mit 67 (neue Überschrift)

Z.45: Empfänger NEU: Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

Z. 48-51 NEU: Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, die Auswirkungen der Rente mit 67 bes-  
ser darzustellen. Die aktuellen Überlegungen der IG Metall, die Rente auf ein neues Fundament  
zu stellen, begrüßen wir grundsätzlich. Es muss sich finanziell lohnen, lange in die Rentenversi-  
cherung einzuzahlen.

63 **Antrag 4:** Soziales Profil der SPD wiederbeleben

64 **Antragsteller:** SPD-Stadtverband Sinsheim

65 **Empfänger:** Bundes- und Landesvorstand, sowie die Abgeordneten im Rhein-  
66 Neckar-Kreis

67 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

68 Der Stadtverband Sinsheim fordert den Bundes- und Landesvorstand sowie die Abge-  
69 ordneten im Rhein-Neckar-Kreis auf, das soziale Profil der SPD wiederzubeleben. Hierzu  
70 ist der Schulterschluss mit den Gewerkschaften notwendig. Ebenso fordern wir, dass  
71 die Erbschaftssteuerreform endlich kommt und eine gerechte Besteuerung der grösse-  
72 ren und großen Erbschaften vorsieht. Ebenso muss der individuelle Einkommens-  
73 steuersatz bei hohen Zins- und Dividendeneinkommen zu Grunde gelegt werden, nicht  
74 nur die Abgeltungssteuer.

75 **Begründung:**

76 Die Landtagswahl in BaWü hat gezeigt, dass uns die Arbeitnehmerinnen und Arbeit-  
77 nehmer sowie alle die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, nicht mehr als ihre  
78 politische Kraft verstehen. Wir haben unser soziales Profil zu Gunsten einer liberaleren  
79 Politik vernachlässigt. Das haben uns viele langjährige Wählerinnen und Wähler übel  
80 genommen. Wenn unsere SPD sich wieder an den Bedürfnissen dieser Menschen orien-  
81 tieren will, sind dies die ersten unabdingbaren Schritte.

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in veränderter Form:

Z. 65: Empfänger NEU: Landesparteitag, Bundesparteitag

Z. 68-74 NEU: Wir müssen das soziale Profil der SPD wiederbeleben. Dazu ist ein Schulter-  
schluss mit den DGB-Gewerkschaften notwendig. Wir fordern eine gerechte Erbschaftsteuer,  
damit die großen Vermögen stärker herangezogen werden. Die Abgeltungssteuer ist abzu-  
schaffen.

82 **Antrag 5: Zukunfts- und Grundwertekommission der SPD-Baden-Württemberg**

83 **Antragsteller: SPD-Ortsverein Baiertal (eingegangen am 01.08.2016, lt. §4,6 des Kreissta-  
84 tuts entscheidet der Kreisparteitag über Behandlung bzw. Vertagung, oder  
85 Überweisung an den Kreisvorstand)**

86 **Empfänger: Landesparteitag, Landesvorstand, Landtagsfraktion**

87 **Ausgangssituation: Neubestimmung der politischen Arbeit erforderlich**

88 Die gegenwärtige Situation der SPD in Baden-Württemberg verlangt nach einer Neu-  
89 bestimmung des Verständnisses politischer Arbeit und nicht lediglich nach einer Neu-  
90 besetzung von Positionen. Ein bloßer Personalwechsel droht die Partei in eine noch  
91 größere und längerwährende, schließlich existenzielle Krise zu führen.

92 Die erforderliche Neubestimmung bedeutet zunächst, über eine erst zu schaffende –  
93 und dann dauerhaft in Funktion zu bringende – innerparteiliche Öffentlichkeit sukzes-  
94 sive eine gemeinsame Vorstellung dessen zu entwickeln, was es politisch zu erkämpfen  
95 gilt. Es kann nicht nach Außen geworben werden als Partei, wenn deren Mitglieder kei-  
96 ne auch nur annähernd gemeinsame Vorstellung der verfolgten Ziele haben. Über eine  
97 innerparteiliche Öffentlichkeit muss gemeinsam erarbeitet werden, wie die nach wie  
98 vor geltenden grundsätzlichen Werte inhaltlich zu bestimmen sind. Diese innerparteiliche  
99 Arbeit kann nicht mit der Veröffentlichung eines Papiers enden, sondern ist im Sin-  
100 ne eines Lernprozesses auf Dauer zu stellen.

101 **Aufgabe der Zukunfts- und Grundwertekommission der SPD-Baden-Württembergs:**  
102 **Erschließen politischer Ideen und entwickeln von Konzepten**

103 Diese Arbeit an einer gemeinsamen Verständigung zu Grundwerten kann Bezug neh-  
104 men auf den großen Fundus an gedanklicher Arbeit der europäischen Aufklärung, von

105 der die SPD seit ihrer Gründung ausgeht, die sie jedoch immer weiter verdrängt hat.  
106 Eine Besinnung auf die Ziele der Emanzipation, der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit  
107 und der internationalen Solidarität ermöglicht es gesellschaftliche Problemlagen zu  
108 durchdringen, politische Zielvorstellungen zu entwickeln und so schließlich neue Kon-  
109 zepte zu ihrer Bewältigung abzuleiten.

110 Politisch der SPD nahestehende Konzepte und Vorstellungen müssen dabei aus ihrem  
111 gegenwärtig vielfach rein innerakademischen Kontext entnommen und an die politi-  
112 schen Erfordernisse der SPD angeschlossen werden. Eine blinde Übernahme verbietet  
113 sich dabei gleichermaßen wie eine Trivialisierung.

114 Bei der Arbeit an sozialdemokratischen Grundwerten und der Entwicklung von politi-  
115 schen Ideen kann an die Leistungen von Carlo Schmidt, Alex Möller, Erhard Eppler und  
116 weiteren Persönlichkeiten des Landes angeschlossen werden. Es gilt ihre Ideen und  
117 Entwürfe zu Humanität, Internationalismus, Demokratie und politischer Willensbil-  
118 dung weiter zu entwickeln und für unsere Zukunftsvorstellungen fruchtbar zu machen.  
119 Keine andere Partei kann sich auf einen vergleichbaren intellektuellen Reichtum bezie-  
120 hen.

121 Vor dem Hintergrund eigener politischer Ideen und Überzeugungen soll in einem auf  
122 Dauer angelegten Dialog mit zivilgesellschaftlichen Gruppen ein Beitrag zu einer akti-  
123 ven und demokratisch ausgerichteten Bürgergesellschaft in Baden-Württemberg ge-  
124 leistet werden.

125 Die SPD in Baden-Württemberg kann aus reichhaltigen Quellen Ideen und Kraft schöp-  
126 fen, um Reformimpulse zur Gestaltung der Gesellschaft im Sinne sozialdemokratischer  
127 Vorstellungen freizusetzen und so Grundlagen für konkrete Reformschritte zugunsten  
128 eines humanen Baden-Württembergs im Jahr 2030 zu legen.

### 129 **Der Kreisparteitag möge beschließen: Einrichtung einer Zukunfts- und Grundwerte-** 130 **kommission**

131 Die Zukunfts- und Grundwertekommission der SPD Baden-Württemberg soll zu einer  
132 Debatte um die Gestaltung der Gesellschaft einladen, die sich den Fragen widmet: Wie  
133 wollen wir zukünftig leben? Welche Vorstellungen von „guter Arbeit“ haben wir? Was  
134 ist für uns Freiheit, was Gerechtigkeit?

135 Dabei wird es darauf ankommen, den Schatz an individuellen Fähigkeiten aufzuschlie-  
136 ßen, der darauf wartet, mit einer sich erneuernden Sozialdemokratie andere Wege zu  
137 gehen, damit sich Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft human verändern.

138 Die Zukunfts- und Grundwertekommission der SPD Baden-Württemberg soll die inner-  
139 parteiliche Öffentlichkeit versorgen mit jenen Konzepten und Ideen und im innerpar-  
140 teilichen Austausch Gemeinsamkeiten herstellen. Sie soll weiterhin die Willensbil-  
141 dungsprozesse in der Partei moderieren und schließlich eine Überführung der erarbei-  
142 teten politischen Vorstellungen in konkrete politische Forderungen und Maßnahmen  
143 begleiten.

144 Die Zukunfts- und Grundwertekommission der SPD-Baden-Württembergs soll an den  
145 Landesvorstand der SPD angeschlossen, gleichwohl frei in ihrer inhaltlichen Arbeit sein.  
146 Frei soll auch der Zugang und die Beteiligung an der Kommission sein, die ihre Arbeit  
147 zudem selbstorganisieren soll.

**Empfehlung der Antragskommission:** erfolgt mündlich.